

Resolution des Rates der Stadt Oldenburg zur Sicherung der Vollen Halbtagschulen und der Integrierten Gesamtschulen in Oldenburg

Die Beschlüsse der Landesregierung von Ende Februar 2009 zur Unterrichtsversorgung und Schulreform setzen falsche Signale. Schulpolitik eignet sich nicht als Feld des Sparens.

Die Volle Halbtagschule darf nicht angetastet werden. Ihr pädagogisches Konzept, das vor allem durch die erfolgreiche Integration von Förderunterricht in den Schulbetrieb gekennzeichnet ist, kann nur erhalten werden, wenn die gegenwärtige Ausstattung der Vollen Halbtagschulen mit Unterrichtsstunden nicht geschmälert wird.

Die Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen erfreuen sich zunehmendem Zuspruch. Dies beruht auf ihrem Konzept, das durch gemeinsamen Unterricht ohne Selektion, Integration der Schullaufbahnen, Ganztagsunterricht und der Möglichkeit geprägt ist, das Abitur nach 13 Schuljahren zu erreichen. Die geplante Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre führt zu einer zunehmenden Unterrichtsverdichtung und zu mehr Stress für die Schülerinnen und Schüler. Dies widerspricht dem pädagogischen Konzept der Integrierten Gesamtschule und gefährdet diese Schulform in ihrer Substanz.

Im Interesse der Vollen Halbtagschulen und der Integrierten Gesamtschulen in Oldenburg fordert der Rat der Stadt Oldenburg die Landesregierung auf, ihre Beschlüsse zu den angesprochenen Schulformen zurückzunehmen und die Bildungspolitik in Niedersachsen nicht erneut zum Schauplatz von Ausgabenkürzungen zu machen. Die Sicherung der notwendigen Unterrichtsstunden an den Schulen muss durch Neueinstellungen von Lehrkräften gewährleistet werden.